

Gemeinsame Erklärung an die Innenministerkonferenz

der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen

Erfurt, 03.12.2019

Integrations- und Ausländerbeauftragte fordern Sofortprogramm zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger aus griechischen Flüchtlingslagern

Die mitzeichnenden Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder fordern die sofortige Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln durch die Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus regen sie an, die rechtlichen Möglichkeiten der Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin Verordnung auszuschöpfen. Die rund 4.100 Kinder und Jugendlichen leiden am meisten unter der absolut unzureichenden Versorgung auf den ägäischen Inseln. Die wenigsten von ihnen sind altersgerecht untergebracht. In vielen Fällen stellt die Unterbringung für die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen eine erhebliche Gefährdung für Leib und Leben dar.

Die mitzeichnenden Integrations- und Ausländerbeauftragten mahnen die Länder und den Bund an, dringend Verantwortung zu übernehmen. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören zu den besonders Schutzbedürftigen. Der Wintereinbruch macht ein sofortiges Handeln erforderlich.

Insgesamt leben derzeit über 39.000 Menschen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln unter untragbar katastrophalen Umständen. Der UN-Flüchtlingskommissar und Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen bescheinigen dies einhellig. Eine solidarische Verteilung innerhalb der europäischen Union findet immer noch nicht statt. Dafür trägt Deutschland eine Mitverantwortung.

Anmerkung:

In elf Bundesländern gibt es derzeit stimmberechtigte Integrations- bzw. Ausländerbeauftragte.